

Die politische Massenarbeit im Dorfe muß auch der Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben dienen. Diese Forderung müssen wir in diesen Wochen im Kampf um die volle Planerfüllung an alle Genossinnen und Genossen richten, die ihren Wohnsitz in den ländlichen Gemeinden haben. Es gibt bereits eine Vielzahl hervorragender Ergebnisse der Mitarbeit der Werktätigen in den Gemeinden. Zuwenig ist aber noch der Einfluß der Öffentlichkeit auf die Planerfüllung in der Landwirtschaft, und hier besonders auf diejenigen Bauern entwickelt, die ihren Verpflichtungen in der termingemäßen Ablieferung an den Staat nur zögernd nachkommen. Von diesen Bauern unterliegt ein Teil noch dem Einfluß der westlichen Hetzpropaganda durch den RIAS usw. Sie meinen noch immer, die sogenannte „Freie Marktwirtschaft“ könnte ihnen mehr Vorteile bringen, als das bei uns bestehende System der teilweisen Pflichtablieferung. Beharrlich mit diesen Bauern zu sprechen, das sollten sich die Genossen in den Gemeinden vornehmen. Es muß auch gesagt werden, daß längst noch nicht jeder Kollege des VEAB ausreichende politische Qualifikation besitzt, um in den Diskussionen mit den Bauern in jedem Falle überzeugend genug argumentieren zu können. Mehr als bisher sollten darum neben den Funktionären der VEAB auch die Genossen der Kreisleitungen und der Räte der Kreise — zumindest einmal im Monat — an den Besprechungen der Erfasser der VEAB teilnehmen und dabei politische Hinweise für die tägliche Arbeit unter den Bauern geben. Vielleicht könnte ein Genosse Erfasser im „Neuen Weg“ einmal dazu Stellung nehmen, ob er diese Methode für richtig hält, und ein Genosse einer Kreisleitung könnte ebenfalls einmal aus seinen Erfahrungen mitteilen, wie er auf die politische Arbeit der Genossen des VEAB Einfluß nimmt. ^

R u d i S c h n e i d e r
VVEAB Potsdam

über die Agitation in den Betriebszeitungen

„Um Deutschlands Einheit zu erreichen — müssen Krupp und Adenauer weichen!“ Diese Losung war für viele Betriebszeitungen besonders in der Vorbereitung der Wahl das Leitmotiv für ihre antiimperialistische und antimilitaristische Agitation. Denn solange in Westdeutschland die Konzernherren, Militaristen und Junker Staat und Wirtschaft beherrschen, kann es dort weder Demokratie, noch in Europa einen dauerhaften Frieden geben. Oder kann man vielleicht von Demokratie sprechen, wenn 300 Millionäre die ökonomische und somit politische Macht besitzen? Oder sind das Friedensgarantien, wenn Speidel und Strauß den Völkern Europas mit Atomkrieg drohen? Erst wenn auch an Rhein und Ruhr nach dem Prinzip gehandelt wird: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein“, ist die glückliche und friedliche Zukunft Deutschlands gesichert. Aber dieser Weg führt nur über die Beseitigung der Herrschaft der Monopole und Militaristen.

Deshalb ist es nicht richtig, wenn in letzter Zeit die Betriebszeitungen diese Art der Agitation vernachlässigen. Sie muß vielmehr ständige Methode aller Betriebszeitungen sein. Mit diesem Beitrag sollen den Redaktionen einige Erfahrungen Anregung geben, wie sie agitieren können.

Verschiedentlich wird von Arbeitern und auch von anderen Schichten der Bevölkerung gefragt: „Wie ist es möglich, die Macht der Monopole und Militaristen zu brechen?“ — Wie können die Betriebszeitungen diese Frage beantworten, und mit welchen Argumenten können sie beweisen, daß dies besonders vom Verhalten der Arbeiterklasse abhängt?